

Argumentationshilfe Folge XII: „Todsünde“ Bildung

Von Dieter Farwick, BrigGen a.D. und Publizist

Es ist bekannt, dass der Einfluss des Bundes und damit der Bundesregierung durch den föderalen Aufbau Deutschlands begrenzt ist.

Das hat Angela Merkel als Kanzlerin allerdings nicht davon abgehalten, bereits 2008 von der „Bildungsrepublik Deutschland“ zu sprechen und die Bildung zur „Chefsache“ zu erklären. Geändert hat sich seither im Wesentlichen nicht viel. Jüngste Reports vom „Handelsblatt“ und „Spiegel“ über die Bildung in unseren Schulen und Universitäten zeichnen ein katastrophales Bild unseres föderalen Bildungssystems.

„Bundesland ist Schicksal“ für Schüler und Schülerinnen durch die stark unterschiedlichen Lerninhalte und die Vergabe von Noten, die über den Zugang zu Universitäten – besonders bei „numerus clausus“ – entscheiden können.

Arbeitgeber und Professoren beklagen sich zunehmend über die fehlende Eignung für qualifizierte Berufe und ein Studium.

Folgen:

- Auf die Schulnoten in den einzelnen Bundesländern ist kein Verlass. Sie sagen wenig aus über das tatsächliche Wissen und Können. Eine schwierige Situation für Arbeitgeber und Universitäten.
- Es gibt keine verbindliche Absprache über Lernziele, die in den verschiedenen Schulen und Schulstufen zu erreichen sind – auch ein Versagen der Kultusministerkonferenz, in der auch Minister der CDU mitwirken (könnten).
- Deutschland fällt in der schulischen und universitären Bildung (und Erziehung?) im internationalen Vergleich weiter zurück, was sich negativ auf die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland auswirkt.
- In Festreden wird die Bildung gerne als einziger Rohstoff bezeichnet, über den Deutschland verfügt – verfügen könnte.
- In wissenschaftlichen Untersuchungen wird immer wieder herausgestellt, dass die Qualität der Lehrer und Lehrerinnen von entscheidender Bedeutung ist. An deren Ausbildung hat sich in „Merkels Jahren“ wenig geändert.
- Wenn in einigen Bundesländern Lehrer und Lehrerinnen während der langen Sommerferien arbeitslos gestellt werden, zeigt dies die Wertschätzung, die dieser Beruf in Deutschland erfährt.
- Der Anteil von Kindern mit Migrantenhintergrund und das Ausmaß der Inklusion in einer Schulklasse dürfen nicht dazu führen, dass Deutschstämmige die Lernziele nicht erreichen.

Dringend notwendige Konsequenzen :

- Angesichts des weltweiten Wettbewerbs um „kluge Köpfe“ muss in Deutschland der Bildung – und auch der Erziehung – wieder mehr Bedeutung beigemessen werden.
- Es müssen verbindliche Lernziele festgelegt, durchgesetzt und zentral überprüft werden.

- Wenn der Vergleich zwischen Bundesländern effizient wird, können auch wieder Boni und Mali verteilt werden, die Arbeitgebern und Universitäten als Bewertungshilfe dienen können.
- Die bittere Aussage „Bundesland ist Schicksal“ für Schüler und Schülerinnen muss der Vergangenheit angehören.
- Die Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrantenhintergrund muss auf 30 Prozent je Schulklasse reduziert werden.
- Die Inklusion von „behinderten“ Kindern ist im Einzelfall zu begrüßen, es muss jedoch auf Grund der Art der Behinderung und deren Schwere geprüft werden, ob eine befriedigende Lernfähigkeit vorhanden ist, um auch bei dem „ betroffenen“ Kind spätere Enttäuschungen und psychische Schäden zu verhindern.